

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Datum 20.02.2008
Dezernat II	Amt FB 02	Öffentlichkeitsstatus öffentlich

I N F O R M A T I O N

I0057/08

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	11.03.2008	nicht öffentlich
Finanz- und Grundstücksausschuss	02.04.2008	öffentlich
Stadtrat	08.05.2008	öffentlich

Thema: Inanspruchnahme der Haushaltsmittel per 31.12.2007

Information zum vorläufigen Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2007

1. Gesamtschätzung Verwaltungshaushalt

Vorläufiges Ergebnis der Jahresrechnung des Verwaltungshaushaltes 2007 mit Stand vom 05.02.2008. Das Ergebnis des Verwaltungshaushaltes per 31.12.2007 ist negativ und setzt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

- in EUR -

	31.12.2006	31.12.2007
Anordnungssoll – Einnahmen (L)	479.785.229,15	464.824.943,38
- Abgang alter Kassenreste (C)	5.833.313,28	6.599.195,52
+ Globalbereinigung aus dem Vorjahr	4.205.000,00	4.205.000,00
- Globalbereinigung lfd. Jahr	4.205.000,00	12.610.000,00
= Summe bereinigte Soll-Einnahmen (E)	473.951.915,87	449.820.747,86
Anordnungssoll Ausgaben (L)	559.918.631,12	542.227.676,53
+ neue Haushaltsausgabereste (H)	67.156,00	34.800,00
- Abgang alter Haushaltsausgabereste	0,00	0,00
- Abgang alter Kassenausgabereste	0,00	8.060,29
= Summe bereinigte Soll-Ausgaben (E)	559.985.787,12	542.254.416,24
Unterschied zwischen bereinigten Soll-Einnahmen u. bereinigten Soll-Ausgaben		
= Fehlbetrag	-86.033.871,25	-92.433.668,38
darin enthalten:		
- Deckung von Soll-Fehlbeträgen Vor-Vorjahr	61.982.131,02	84.239.164,65
= Strukturelles Defizit	24.051.740,23	8.194.503,73

Der Haushaltsvergleich 2007 stellt sich wie folgt dar:

- in EUR -

	Haushaltsplan 2007	Anordnungssoll 31.12.2007	Erfüllung in % 31.12.2007	Erfüllung in % 31.12.2006
Einnahmen	425.268.700	449.820.747,86	105,7	101,7
Ausgaben	537.413.600	542.254.416,24	100,9	101,2
Fehlbetrag	-112.144.900	-92.433.668,38		

In dem für das Haushaltsjahr 2007 ausgewiesenen Fehlbetrag in Höhe von 92.433.668 EUR sind die Buchungen der globalen Restebereinigungen in Höhe von 12.610.000 EUR und die Haushaltsausgabereite in Höhe von 34.800 EUR auf das Nachjahr enthalten. Das Ergebnis der Haushaltsrechnung hat sich gegenüber dem in der Haushaltssatzung 2007 geplanten Fehlbedarf von 112.144.900 EUR um 19.711.300 EUR verbessert. Durch die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen der DS0126/07 wurde der zu erwartende Fehlbedarf für 2007 auf 94.145.000 EUR verringert. Dieser erwartete Fehlbetrag konnte mit dem Jahresabschluss 2007 nochmals um 1.711.332 EUR vermindert werden.

Vergleich zwischen dem vorläufigen Ergebnis der Jahresrechnung 2007 und dem Haushaltsplan 2007

Gesamtstädtisch betrachtet, weichen die Einnahmen des Verwaltungshaushaltes vom Plan ab, im Vergleich zum Haushaltsplan wurden die angeordneten Einnahmen zu 105 % erfüllt. Die Ausgaben betragen 100 % und stimmen prozentual mit der Planung überein.

Wesentliche **Mehreinnahmen** sind in der Hauptgruppe 0 „Steuern und allgemeine Zuweisungen“ zu verzeichnen, insbesondere bei der Gewerbesteuer (Grupp. 003) in Höhe von 4,5 Mio. EUR und dem Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern (Grupp. 01) in Höhe von 6,6 Mio. EUR. Darin enthalten sind vorrangig der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer (Grupp. 010) in Höhe von 6,1 Mio. EUR zu nennen.

Weiterhin sind in der Hauptgruppe 0 Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen des Landes zu verzeichnen. Mit der Spitzabrechnung 2006 der Leistungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) ergaben sich für den städtischen Haushalt Mehreinnahmen in Höhe von 5,0 Mio. EUR. Aus dem Nachtragshaushalt des Landes Sachsen-Anhalt für das Haushaltsjahr 2007 und der darin ausgewiesenen höheren Finanzausgleichsmasse resultieren für die Landeshauptstadt Magdeburg zusätzliche Einnahmen in Höhe von 7,4 Mio. EUR. Von den beantragten Mitteln aus dem Ausgleichsstock 2007 in Höhe von 12,0 Mio. EUR gemäß § 12 FAG wurden 2,3 Mio. EUR bewilligt und an die Landeshauptstadt Magdeburg ausgereicht.

Wesentliche Mindereinnahmen sind bei der Grundsteuer B (Grupp. 001) in Höhe von 2,7 Mio. EUR, beim Familienleistungsausgleich (Grupp. 011) von 0,4 Mio. EUR und beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (Grupp. 012) von 0,1 Mio. EUR zu verzeichnen.

Mehreinnahmen für Ausgleichsleistungen des Landes an den Kosten der Unterkunft (Hartz IV) und aus Sonderlastzahlungen (Grupp. 092/93) in Höhe von 2,0 Mio. EUR mildern die finanzielle Belastung des städtischen Haushaltes aus den Mindereinnahmen im Bereich der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft in Höhe von 10,2 Mio. EUR (Grupp. 191). Insgesamt weist der „Deckungskreis Sozialhilfe“ (DKSOZ) einen erhöhten Zuschussbedarf in Höhe von 7,7 Mio. EUR auf, wovon 1,6 Mio. EUR auf Leistungen der Sozialhilfe und für Grundsicherungsleistun-

gen außerhalb von Einrichtungen zurückzuführen sind. Von dem in der HHK Nr. 53 avisierten Ziel der Entlastung des städtischen Haushaltes in Höhe von 13,0 Mio. EUR konnten somit lediglich 5,7 Mio. EUR realisiert werden.

Im Hinblick auf die Infrastruktur der Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende ergeben sich für den städtischen Haushalt 2007 Mehreinnahmen in Höhe von 1,7 Mio. EUR aus der Personalkostenerstattung der ARGE entsprechend der Vereinbarung über die Errichtung der Arbeitsgemeinschaft seit der Einführung der Abrechnung über die Finanzierung des Kommunalen Finanzierungsanteils (KFA) im Juli 2006. Hierzu wird auf die Drucksache 0592/07 verwiesen. Die Mehreinnahmen wurden in gleicher Höhe für die Erstattung für Personal- und Sachkosten verwendet. Ab 2008 sind die Einnahmen und die Ausgaben in einem Deckungskreis (DKKFA) zusammengefasst, um den Arbeitsaufwand zur Bearbeitung der Anträge auf überplanmäßige Ausgaben bzw. die Erstellung von entsprechenden Drucksachen zu minimieren.

Weitere Mehreinnahmen sind bei den Verwaltungsgebühren (Grupp. 10 - 12) in Höhe von 0,8 Mio. EUR und bei den Einnahmen aus Verkauf und Mieten (Grupp. 13 - 15) in Höhe von 2,5 Mio. EUR erzielt worden.

Die überplanmäßigen Einnahmen aus den Gewinnanteilen der Städtischen Werke Magdeburg GmbH (HGr. 2) in Höhe von 2,9 Mio. EUR wurden in die zweckgebundene Rücklage PPP (siehe die DS0508/07) überführt (Grupp. 8602) und wirken sich somit für den Jahresabschluss haushaltsneutral aus.

Im Verlauf des Haushaltsjahres 2007 sind Abgänge auf Kassenreste in Höhe von 6.599.195,52 EUR verbucht worden. Zweckgebundene Einnahmen wurden gem. § 17 GemHVO i.V.m. § 31 Abs. 3 GemKVO in Höhe von 174.530,88 EUR in 2007 abgesetzt und in das Haushaltsjahr 2008 übertragen.

Im Vergleich zum Vorjahr (4.205.000 EUR) wird die Globalbereinigung (pauschale Restebereinigung) um 8.405.000 EUR angehoben und entspricht in der Gesamthöhe von 12.610,0 Tsd. EUR den Anträgen der Fachbereiche/Ämter.

Die offensive Gesamterhöhung ist in Vorbereitung auf das NKHR ab 2010 unabdingbar und entspricht den tatsächlichen Verhältnissen bezüglich der Einbringung der offenen Forderungen.

Wesentliche Veränderungen entstehen durch Erhöhung der Restebereinigung bei der Grundsteuer A und B um 2.920.000 EUR, der Gewerbesteuer um 3.950.000 EUR, bei der Vergnügungs- und der Hundesteuer um 135.000 EUR und bei der Verzinsung von Steuernachforderungen um 200.000 EUR. Erstmals werden für steuerliche Nebenleistungen Bereinigungen in Höhe von 280.000 EUR angemeldet. Beim Unterhaltsvorschuss erhöhen sich die Beträge um 660.000 EUR. Für die Bereinigungen für Kindertagesstätten – Benutzungsgebühren – und Verwaltungsbetriebseinnahmen werden erstmals 280.000 EUR angemeldet. Das Antragsvolumen auf Globalbereinigung für Baugenehmigungsgebühren beträgt 20.000 EUR weniger als 2006. Die Kassenreste wurden 2006/2007 kontinuierlich abgebaut.

Die wesentlichen Abweichungen zwischen dem Haushaltsplan und dem Ergebnis 2007 sind bei den Einnahmen

durch **Mindereinnahmen** bei:

- der Grundsteuer B mit 2.718,8 Tsd. EUR und

- der Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung mit 10.188,5 Tsd. EUR,

und durch **Mehreinnahmen** bei:

- der Gewerbesteuer mit 4.575,4 Tsd. EUR,
 - dem Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern mit 6.604,9 Tsd. EUR,
 - der allgemeinen Zuweisung vom Land mit 14.771,0 Tsd. EUR,
 - aus der Umsetzung des 4. Gesetzes für moderne Dienstleistung (Hartz IV) mit 1.182,8 Tsd. EUR,
 - Einnahmen aus Verkauf, Mieten und Pachten mit 2.580,8 Tsd. EUR,
 - Erstattungen von sonstigen öffentlichen Bereichen mit 1.727,4 Tsd. EUR,
 - Gewinnanteile von wirtschaftlichen Unternehmen mit 3.542,5 Tsd. EUR.
- zu verzeichnen.

In der *Anlage 3* ist die Entwicklung der wesentlichen Einnahmen des Verwaltungshaushaltes zwischen 2003 und 2007 ersichtlich.

Wesentliche **Minderausgaben** entstanden bei den Personalausgaben.

Bei einem Haushaltsansatz von 113.828,3 Tsd. EUR wurden die Personalausgaben (Hauptgruppe 4) mit 108.812,4 Tsd. EUR (95,59 %) in Anspruch genommen. Die Minderausgabe beträgt somit 5.015,9 Tsd. EUR. Der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes beträgt 20,0 %.

Der wesentliche Teil der Personalausgaben (Verwaltung) ist im Deckungskreis DKPK 4 enthalten. In diesem Deckungskreis wurden 112.142,2 Tsd. EUR veranschlagt und mit 107.076,7 Tsd. EUR (95,48 %) in Anspruch genommen.

Weitere Minderausgaben sind bei Zinsausgaben an sonstige öffentliche Sonderrechnung (Grupp. 806) und an den Kreditmarkt (Grupp. 807) in Höhe von 1.465,0 Tsd. EUR entstanden.

Wesentliche Mehrausgaben wurden für die Zahlung der Gewerbesteuerumlage (Grupp. 81) in Höhe von 1.249,4 Tsd. EUR und die Zuführung an den Vermögenshaushalt (Grupp. 86) in Höhe von 4.266,6 Tsd. EUR getätigt. Bei den zweckgebundenen Zuführungen an den Vermögenshaushalt handelt es sich um die Aufstockung der Rücklage für PPP-Pakete in Höhe von 2.977,0 Tsd. EUR (insgesamt für 2007 = 5.977,0 Tsd. EUR).

Die wesentlichen Abweichungen zwischen dem Haushaltsplan und dem Ergebnis 2007 bei den Ausgaben sind zu verzeichnen

durch **Minderausgaben** bei:

- den Personalausgaben (Gruppe 4) mit 5.015,9 Tsd. EUR,
- den besonderen Aufwendungen für Bedienstete mit 1.145,5 Tsd. EUR,
- der Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung mit 464,8 Tsd. EUR,
- den Zuweisungen an kommunale Sonderrechnungen mit 680,9 Tsd. EUR,
- den Zuweisungen und Zuschüsse an private Unternehmen mit 529,0 Tsd. EUR,
- den Zinsausgaben an sonstige öffentliche Sonderrechnung mit 648,0 Tsd. EUR,
- den Zinsausgaben an den Kreditmarkt mit 816,9 Tsd. EUR

und durch **Mehrausgaben** bei:

- den Unterhaltung Grundstücke mit 780,1 Tsd. EUR,
- den Bewirtschaftungskosten mit 1.786,7 Tsd. EUR,
- den Erstattung von Ausgaben an übrige Bereiche mit 2.786,4 Tsd. EUR,
- den Rückzahlungen an das Land mit 1.084,1 Tsd. EUR,
- den Leistungen der Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen mit 1.633,5 Tsd. EUR,
- den Leistungen der Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen mit 823,5 Tsd. EUR,
- den Zinsausgaben - an kommunale Sonderrechnungen - mit 732,1 Tsd. EUR,
- der Gewerbesteuerumlage mit 1.249,4 Tsd. EUR,
- der Zuführung an den Vermögenshaushalt mit 4.266,6 Tsd. EUR.

Die Entwicklung der wesentlichen Ausgaben des Verwaltungshaushaltes von 2003 – 2007 ist der *Anlage 4* zu entnehmen.

Personalausgaben

Bei einem Haushaltsansatz von 113.828,3 Tsd. EUR wurden die Personalausgaben (Hauptgruppe 4) mit 108.812,4 Tsd. EUR (95,59 %) in Anspruch genommen. Die Minderausgabe beträgt somit 5.015,9 Tsd. EUR. Der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes beträgt 20,0 %.

Der wesentliche Teil der Personalausgaben (Verwaltung) ist im Deckungskreis DKPK 4 enthalten. In diesem Deckungskreis wurden 112.142,2 Tsd. EUR veranschlagt und mit 107.076,7 Tsd. EUR (95,48 %) in Anspruch genommen. Die Minderausgabe basiert in Höhe von 487,7 Tsd. EUR aus Verfügungen des Oberbürgermeisters zu Personalangelegenheiten im Zusammenhang mit der Verfügung des LVwA zur Haushaltssatzung, nicht besetzten Stellen bei Beamten und Beiträgen zu Versorgungskassen durch berücksichtigte, aber nicht eingetretene Besoldungserhöhungen in Höhe von 1.378,6 Tsd. EUR. Die Änderung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung hat eine Minderausgabe in Höhe von 488,4 Tsd. EUR zur Folge. Weitere Einsparungen in der Personalbörse in Höhe von 1.536,8 Tsd. EUR (kurzfristige Vermittlung dieser Beschäftigten), Nichterfüllung der Übernahmekriterien bei Auszubildenden (184,3 Tsd. EUR), unbesetzte Stellen im Amt 66 (351,0 Tsd. EUR) und eine positive Bewirtschaftung im FB 40 (Saison Bäder 343,3 Tsd. EUR).

Nicht planbare Kosten wie Heilfürsorge, Schutzimpfungen, Unfallfürsorge, Unterabschnitt Wahl und Beschäftigungsentgelte beeinflussen ebenfalls das Ergebnis positiv (227,6 Tsd. EUR).

Von diesen Minderausgaben wurden für überplanmäßige Ausgaben für die Einleitung von Oberflächenwasser (DS0530/07) 351,0 Tsd. EUR, für die Realisierung des Projektes Mandatos (DS 0259/06) 38,9 Tsd. EUR und für die Interventionsstelle 0,6 Tsd. EUR eingesetzt.

Die Entwicklung der Personalkosten in den Jahren von 2003 bis 2007 ist aus der *Anlage 5* zu entnehmen.

Einschätzung der Budgetierung

Der zahlenmäßige Budgetvergleich ist in der *Anlage 1* beigelegt. Das verfügbare Budget setzt sich zusammen aus 21.750,7 Tsd. EUR Einnahmen und 52.620,9 Tsd. EUR Ausgaben, der Zuschuss beträgt 30.870,2 Tsd. EUR. Die Inanspruchnahme des Budgetzuschusses per 31.12.2007

beträgt 94,8 % und basiert auf Mehreinnahmen von 2.722,0 Tsd. EUR und Mehrausgaben von 1.121,1 Tsd. EUR. Hieraus ermittelt sich ein Budgetzuschussrest von 1.600,9 Tsd. EUR.

Alle Budgets wurden eingehalten.

Die wesentlichen Erläuterungen zur Erfüllung der verfügbaren Budgets 2007 werden nachfolgend kurz dargestellt. Eine ausführliche Einschätzung zu allen Budgets wird mit dem Rechenschaftsbericht 2007 gegeben.

Budget 0 – Bereich OB

Dem Budget 0 stand ein Zuschuss in Höhe von 701.719 EUR zur Verfügung. Der Budgetzuschuss wurde mit 662.545 EUR (94,9 %) in Anspruch genommen und in Höhe von 39.174 EUR nicht verausgabt. Die Ursachen sind Mehreinnahmen in Höhe von 1.735 EUR und Minderausgaben in Höhe von 37.439 EUR.

Wesentliche Minderausgaben resultieren aus Veranstaltungen und Städtepartnerschaften in Höhe von 27.900 EUR.

Budget 1 – Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

Dem Budget 1 stand ein Überschuss in Höhe von 1.645.200 EUR zur Verfügung. Der Budgetüberschuss wurde mit 1.829.663 EUR (111,2 %) erfüllt, die Differenz beträgt 184.463 EUR. Die Ursachen sind Mindereinnahmen in Höhe von 205.268 EUR und Minderausgaben von 389.731 EUR.

Wesentliche Mehreinnahmen entstanden:

- im Amt 31 aus Baumfällgenehmigungen, darunter 52.480 EUR einmalig durch die Genehmigung (nach Immissionsschutzgesetz) zur Herstellung kunstharzgebundener Steinplatten, 74.033 EUR
- im FB 32 bei den allgemeinen Ordnungswidrigkeiten durch mehr Anzeigen und in der Straßenverkehrsabteilung sind die Verwaltungsgebühren abhängig vom Bürgerverhalten. 238.000 EUR

Wesentliche Minderausgaben resultieren aus:

- dem FB 01 bei Einrichtungsgegenständen, Aus- und Fortbildung, Veranstaltungen, Mieten und Pachten für Farbkopierer und dem noch nicht erfolgten Umzug des Betriebsärztlichen Dienstes, 112.567 EUR
- dem Bereich Bürgerservice bei Einrichtungsgegenständen, aus Mieten, Portogebühren (weniger Melderegisterauskünfte) und Geschäftsausgaben (Bundesdruckerei), 90.800 EUR
- der Straßenverkehrsabteilung u.a. bei Bürobedarf, Porto und aus geringeren Kosten an das KBA. 85.355 EUR

Budget 2 – Finanzen

Dem Budget 2 stand ein Überschuss in Höhe von 659.544 EUR zur Verfügung. Der Budgetüberschuss wurde mit 1.709.573 EUR (259,2 %) erfüllt, die Differenz beträgt 1.050.029 EUR. Die

Ursachen sind Mehreinnahmen in Höhe von 636.431 EUR und Minderausgaben von 413.597 EUR.

Wesentliche Mehreinnahmen entstanden:

- für Mieten und Pachten / Erbbauzins,	184.848 EUR
- für steuerliche Nebenleistungen,	372.830 EUR
- für Verkaufserlöse / Benutzungsgebühren,	54.730 EUR
- für Verwaltungs- u. Betriebseinnahmen.	24.000 EUR

Wesentliche Minderausgaben resultieren aus:

- Unterhaltung der Hochbauten,	62.335 EUR
- Bewirtschaftungskosten,	17.500 EUR
- Post- und Fernmeldegebühren,	16.347 EUR
- Sachverständigen-/Gutachterkosten,	11.587 EUR
- Unterhaltung öffentl. Grün,	63.702 EUR
- Zuschüsse Kleingartenverband (s. DS 0176/07: wg. Vertrags- ändg. Einnahmeminderung bei Pachteinn. in gleicher Höhe),	100.160 EUR
- EDV-Kosten,	40.323 EUR
- Geschäftsausgaben, Dienstreisen und Weiterbildungen,	66.363 EUR
- Erstattungen von Ausgaben des VWH.	34.000 EUR

Budget 3 – Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit

Dem Budget 3 stand ein Zuschuss von 569.300 EUR zur Verfügung. Der Budgetzuschuss wurde mit 484.826 EUR (85,2 %) in Anspruch genommen und in Höhe von 84.474 EUR nicht verausgabte. Die Ursachen sind Mehreinnahmen von 57.764 EUR und Minderausgaben von 26.710 EUR.

Wesentliche Mehreinnahmen entstanden:

- aus Zuwendungen vom Land für Lokales Kapital (ISA),	50.000 EUR
- aus Zuwendungen der Investitionsbank für Regionalmanagement.	60.000 EUR

Wesentliche Mindereinnahmen entstanden:

- durch die Verschiebung des Daimler-Chrysler-Umweltforums in das Jahr 2008 keine Beteiligung durch LSA,	30.000 EUR
- bei Zuwendung aus den Umlandkreisen, Rückzahlungen sowie durch Bereinigung einer doppelten Sollstellung.	32.000 EUR

Wesentliche Minderausgaben resultieren aus:

- der Verschiebung des Daimler-Chrysler-Umweltforums in das Jahr 2008,	30.000 EUR
- geringere Kosten für Instandhaltung und Wartung der touristischen Infrastruktur,	26.800 EUR
- Gutachterkosten in Verbindung mit städt. Gesellschaften und Optimierung von städt. Gewerbegebieten (Kosten wurden von Gesellschaften bzw. durch die jeweiligen Grundstückseigentümer übernommen),	40.000 EUR
- Sonstigen Sachausgaben (Marketingmaßnahmen),	10.000 EUR
- dem nicht stattgefundenen Wirtschaftsforum, der Standort-	50.000 EUR

messe, einer kleineren Standfläche (Expo Real) sowie Veranstaltungen des Netzwerkes Blaues Band.

- nicht umgesetzte Vorhaben des Tourismusleitkonzeptes. 25.000 EUR

Wesentliche Mehrausgaben resultieren aus:

- der Zahlung gem. 2. Nebenvereinbarung zur Verlängerung des Managementvertrages zur Durchführung des Regionalmanagements, 142.000 EUR
- Mietkosten, da weitere Räume in der Julius-Bremer-Straße 8-10 anzumieten waren. 11.800 EUR

Budget 4 – Bildung, Sport und Kultur

Dem Budget 4 stand ein Zuschuss in Höhe von 16.506.895 EUR zur Verfügung. Der Budgetzuschuss wurde mit 16.485.880 EUR (99,9 %) in Anspruch genommen und in Höhe von 21.015 EUR nicht verausgabt. Die Ursachen sind Mehreinnahmen in Höhe von 324.750 EUR und Mehrausgaben von 303.735 EUR.

Wesentliche Mehreinnahmen entstanden aus:

- die Erstattung von Betriebskosten durch Sportvereine, 115.934 EUR
- Rückzahlung von Betriebskosten für Berufsschulen, 164.385 EUR
- Zuschüsse und Zuweisungen vom Land, Spenden und Sponsorengelder für Sonderausstellungen im Museum wie „Farben-Räume-Zeiten“, „in between“, „Aufbruch in die Gotik“, „Generationen“, „Verfolgung in der NS-Zeit in Magdeburg“ und für das Projekt „Spektakel der Macht“, 204.369 EUR
- Landesfördermittel für die Anschaffung von Medieneinheiten in Bibliotheken sowie zweckgebundene Spenden für „Nashville meets Magdeburg“ u. „Stolpersteine“ im Kulturbüro, 47.270 EUR
- den Zuwendungsbescheid vom Land in Höhe von 380.634 EUR (Planansatz 300.000 EUR) für Betriebs- u. Personalkosten im Konservatorium, 80.634 EUR
- Unterrichtsgebühren im Konservatorium durch neue Gebührensatzung, 15.795 EUR
- Benutzungsgebühren in der Konzerthalle, Gesellschaftshaus, im Museum durch Sonderausstellungen (Playmobil, Nathusius) und Konzerteinnahmen im Konservatorium sowie im Stadtarchiv durch Anfertigung von Kopien, 73.107 EUR
- Verkaufserlöse im Kulturhistorischen Museum und im Kloster Unser Lieben Frauen (Museumsshop), im Konservatorium sowie von ausgesonderten Medien in den Stadtteilbibliotheken, 43.786 EUR
- Einnahmen aus Mieten und Pachten im Gesellschaftshaus und in der Konzerthalle durch Kooperationsvereinbarungen, 22.147 EUR
- Einnahmen aus Rückforderungen von Fördermitteln aus 2006 im Kulturbüro sowie Einnahmen aus Konzessionsvertrag „Gastronom“ im Gesellschaftshaus. 19.204 EUR

Wesentliche Mindereinnahmen entstanden aus:

- den Ausfall der Friedensfahrt/keine Einnahmen von Spon- 35.000 EUR

- soren,
- Veränderung der Öffnungszeiten in den Schwimmhallen, Besucherrückgang, 171.712 EUR
- weniger Besucher in den Freibädern aufgrund ungünstiger Witterungsbedingungen, 110.978 EUR
- Nichtzahlung des Landeszuschusses für die Handball-WM aufgrund höherer Eigeneinnahmen der Handball GmbH (durch Kartenverkauf), sh. auch Minderausgaben, 125.000 EUR
- Entgelte in den Gruson-Gewächshäusern und in den Stadtbibliotheken durch Besucherrückgang, 19.579 EUR
- Rückgang bei Mieten und Pachten im Kloster-Cafe' und Kaiser-Otto-Saal und bei Verkaufserlösen im Stadtarchiv. 10.362 EUR

Wesentliche Mehrausgaben resultieren aus:

- der Unterhaltung der Ausstattung der PC-Schülerarbeitsplätze zur Aufrechterhaltung der Betriebsfähigkeit, 83.755 EUR
- Tarifierhöhungen durch MVB/Auswirkungen bei Schülerfahrkarten, 105.017 EUR
- der Erhöhung des Beitrages der Schülerunfallversicherung/Festsetzung durch Unfallkasse Zerbst, 243.890 EUR
- sonstigen Sachausgaben für geförderte Projekte (u. a. Sonderausstellungen) im Museum und im Kloster Unser Lieben Frauen sowie im Konservatorium, 189.582 EUR
- sonstigen Sachausgaben für Honorare im Museum (Sonderausstellungen), im Konservatorium (Konzerte) und im Kulturbüro durch Teilnahme an der Steubenparade in New York City, 105.030 EUR
- Sachausgaben beim Ankauf von Medieneinheiten in den Stadtbibliotheken und Anschaffung von Merchandising im Museumsshop für die Ausstellung Playmobil, 32.327 EUR
- Sachausgaben für Ausstattungsgegenstände im Gesellschaftshaus, Stadtbibliotheken, Museum sowie Lehrmittelbedarf im Konservatorium, 48.883 EUR
- Sachausgaben für Information und Dokumentation in der Konzerhalle durch Erweiterung des Internetauftrittes und Druck von Broschüren, Fachtexte (Telemann) im Gesellschaftshaus, 32.369 EUR
- Sachausgaben bei Dienstreisen im Kulturbüro durch Teilnahme an der Steubenparade und im Museum durch Sonderausstellungen, 30.393 EUR
- Sachausgaben bei den Bewirtschaftungskosten im Konservatorium (Nutzung Thiem 20) und in den Stadtbibliotheken sowie im Stadtarchiv und Ausgaben bei der Haltung von Fahrzeugen in den Stadtbibliotheken und Museen. 74.599 EUR

Wesentliche Minderausgaben resultieren aus:

- geringeren Bewirtschaftungskosten im Sportbereich durch veränderte Öffnungszeiten der Objekte, Abgabe von Sportstätten und Reduzierung der Abschläge an SWM, 110.820 EUR
- der Einsparung des Zuschusses zur Handball-WM, da die Eigeneinnahmen der Handball GmbH durch Kartenverkauf höher ausfielen, als geplant, 200.000 EUR

- Einsparungen bei Sportveranstaltungen,	12.939 EUR
- den Kosten zur Unterhaltung der Kraftfahrzeuge,	9.517 EUR
- der Einsparung der Ausgabeposition Dienstreisen,	6.093 EUR
- Personalkosten für nebenamtliche Musikschullehrer im Konservatorium,	48.684 EUR
- Einsparungen bei Veranstaltungen zur Kulturstadt Magdeburg (Sperrung), in der Konzerthalle und im Museum,	237.677 EUR
- Einsparungen bei den Post-, Fernmelde- u. Bankgebühren im Kulturbüro, den Stadtbibliotheken, im Museum und im Gesellschaftshaus.	12.384 EUR

Budget 5 – Soziales, Jugend und Gesundheit

Dem Budget 5 stand ein Zuschuss in Höhe von 7.504.596 EUR zur Verfügung. Der Budgetzuschuss wurde mit 7.353.324 EUR (98,0 %) in Anspruch genommen und in Höhe von 151.272 EUR nicht verausgabt. Die Ursachen sind Mehreinnahmen in Höhe von 76.957 EUR und Minderausgaben in Höhe von 74.315 EUR.

Wesentliche Mehreinnahmen entstanden:

- im Bereich Einrichtungen der Jugendarbeit, sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen durch Rückzahlungen nicht verausgabter Zuschüsse und Gutschriften Betriebskosten,	76.674,50 EUR
- im Bereich Hilfe für junge Volljährige, Erstattungen vom Land, Kostenerstattungen für unbegleitete Flüchtlinge durch überörtliche Träger.	73.576,98 EUR

Wesentliche Mindereinnahmen entstanden:

- im Bereich Kinder- und Jugendnotdienst, Zuweisungen und Zuschüsse von übrigen Bereichen	72.300,00 EUR
---	---------------

Wesentliche Mehrausgaben resultieren aus:

- im Bereich Hilfe für junge Volljährige, Leistungen der Jugendhilfe in Einrichtungen / stationäre Leistungen als Pflichtleistungen, durch Anstieg der Fallzahlen um 25 %	383.085,67 EUR
---	----------------

Wesentliche Minderausgaben resultieren aus:

- im Bereich der Jugendarbeit durch Zuweisungen und sonstige Zuschüsse an übrige Bereiche,	63.244,13 EUR
- im Bereich Inobhutnahme, Leistungen der Jugendhilfe in Einrichtungen,	42.578,06 EUR
- im Bereich Förderung der Altenpflege durch Zuweisungen und sonstige Zuschüsse an übrige Bereiche,	21.366,22 EUR
- im Bereich Kinder- und Jugendnotdienst, Zuweisungen und Zuschüsse an übrige Bereiche,	80.300,00 EUR
- Sozial- Gesundheits- und Jugendhilfeplanung, Zuweisungen und Zuschüsse an übrige Bereiche,	58.545,95 EUR
- im Bereich Kinder- und Jugendarbeit durch Zuweisungen und Zuschüsse an übrige Bereiche.	140.078,56 EUR

Auftretende Abweichungen konnten innerhalb des Budgets 5 ausgeglichen werden.

Budget 6 – Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Dem Budget 6 stand ein Zuschuss in Höhe von 7.892.490 EUR zur Verfügung. Der Budgetzuschuss wurde mit 7.821.965 EUR (99,1 %) in Anspruch genommen und in Höhe von 70.525 EUR nicht verausgabt. Die Ursachen sind Mehreinnahmen in Höhe von 1.829.710 EUR und Mehrausgaben in Höhe von 1.759.185 EUR.

Wesentliche Mehreinnahmen entstanden:

- durch Zuweisung des Landes zweckgebunden für die durch Hochwasser geschädigte Infrastruktur (u.a. für die Ufermauer Stromelbe Westufer und Stützmauer Cracauer Wasserfall), 1.100.100 EUR
- bei Verwaltungsgebühren im Bauordnungsamt durch Baugenehmigungen für Großvorhaben (a.a. für Müllheizkraftwerk Rothensee, Altenpflegeheime, Möbel Höffner, Einkaufszentrum Gr. Diesdorfer Str.) und im Tiefbauamt für Schadensfälle an Lichtsignalanlagen, Verkehrsleiteinrichtungen, 688.810 EUR
- bei Gebühren im Bereich Parkeinrichtungen (abhängig vom Bedarf der Parkplatzsuchenden) und Einnahmen aus dem Parkleitsystem im Tiefbauamt sowie im Stadtplanungsamt durch Kostenfestsetzungsbescheide für planungsrechtliche Auskünfte. 97.712 EUR

Wesentliche Mehrausgaben resultieren aus:

- der Unterhaltung f. Straßen, Brücken, Verkehrsleiteinrichtungen u. Reinigung im Tiefbauamt (i. V. mit Landesmitteln für Hochwasser), 967.545 EUR
- Ausgaben für Sachverständigen-, Gutachter- u.a. Kosten im Bauordnungsamt, die im direkten Zusammenhang mit der Erteilung der Baugenehmigung stehen. 655.165 EUR

Die Erfüllung ausgewählter Bereiche und Deckungskreise außerhalb der Budgetierung per 31.12.2007 wird als zahlenmäßige Übersicht in der Anlage 2 beigefügt.

2. Gesamtschätzung Vermögenshaushalt

Der Vermögenshaushalt 2007 schließt mit einem Ergebnis in Höhe von 80.001.892,01 EUR in den Einnahmen und Ausgaben zum 31.12.2007 ab. Die Erfüllung ist gegenüber dem Vorjahr bei den Einnahmen von 179,5 % auf 113,2 % und bei den Ausgaben von 175,0 % auf 113,2 % gesunken.

Gegenüber dem Vorjahr ist die Erfüllung bei den Einnahmen (bereinigte Soll-Einnahmen) und den Ausgaben (bereinigte Soll-Ausgaben) deutlich gesunken, wobei zu berücksichtigen ist, dass im Haushaltsjahr 2006 im Anordnungssoll einnahme- als auch ausgabeseitig 99 Mio. EUR aufgrund der Abwasserkonzessionierung (SAM) enthalten waren.

Das Ergebnis des Vermögenshaushaltes per 31.12.2007 mit Stand vom 05.02.2008 ist ausgeglichen und setzt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

- in EUR -

		31.12.2006	31.12.2007
	Anordnungssoll – Einnahmen (L)	224.318.632,70	82.862.758,43
+	Haushaltseinnahmereste (H)	2.697.800,00	0,00
-	Abgang alter Haushaltseinnahmereste (-A)	925,10	2.697.800,00
-	Abgang alter Kassenreste (C)	1.452.986,21	163.066,42
=	Summe bereinigte Soll-Einnahmen (E)	225.562.521,39	80.001.892,01
	Anordnungssoll Ausgaben (L)	218.599.210,11	71.725.286,62
+	Haushaltsausgabereiste (H)	9.585.000,00	10.498.600,00
-	Abgang alter Haushaltsausgabereiste(-A)	2.621.688,72	2.221.994,61
=	Summe Soll-Ausgaben (E)	225.562.521,39	80.001.892,01
	Ergebnis:	0,00	0,00

Nach Prüfung der von den Fachbereichen/Ämtern beantragten **Haushaltsausgabereiste 2007** ergab sich eine Summe von insgesamt **17.020.100 EUR**, davon 6.521.500 EUR aus dem Haushaltsjahr 2006 und 10.498.600 EUR aus dem Haushaltsjahr 2007. Die Übertragung erfolgte in das Haushaltsjahr 2008. Die aus dem Haushaltsjahr 2006 übertragenen Krediteinnahmeresten in Höhe von 2.697.800 EUR wurden gesamt in Abgang gebracht.

Nach dem derzeitigen Stand der Haushaltsrechnung stehen im Vermögenshaushalt, ausgehend von den verfügbaren Mitteln (HH-Ansatz/HH-Rest/ÜPL/APL/Sperren), den Einnahmen in Höhe von 98 % Ausgaben in Höhe von 81 % gegenüber.

Im Haushaltsjahr 2007 wurde der LH Magdeburg durch das Landesverwaltungsamt die vorgesehene Kreditaufnahme in Höhe von 7.926.200 EUR für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen versagt. Es wurden lediglich Maßnahmen in den Investitionshaushalt aufgenommen, zu der die Stadt Magdeburg rechtlich verpflichtet ist, die sachlich und zeitlich unabweisbar sind und die mit einem Zuwendungssatz von mindestens 70 % gefördert wurden. In der Folge mussten in der Investitionsprioritätenliste 2007 – 2010 im Rahmen der Haushaltskonsolidierung zahlreiche Planansätze auf „Null“ reduziert werden und es wurden die Maßnahmen durchgeführt, die konform zu den kommunalaufsichtlichen Entscheidungen des LVwA waren. Im Ergebnis wurde der Finanzierungsbedarf bis zu einer Summe in Höhe von 1.831.300 EUR gesenkt, diese wurde am Jahresende der allgemeinen Rücklage entnommen.

Im Haushaltsjahr 2007 betrug das Investitionsvolumen 70,7 Mio. EUR (Vergleich zum Vorjahr: 124,9 Mio. EUR).

Es muss festgestellt werden, dass Haushaltsausgabereiste im Haushaltsjahr 2007 verstärkt auch bei dem Erwerb beweglicher Sachen/Hard- und Software zu verzeichnen sind. In den Vorjahren wurden Haushaltsausgabereiste für den Erwerb beweglicher Sachen nur in geringem Umfang gebildet. Die Ursache für die erhöhten Haushaltsausgabereiste 2007 bei dem Erwerb beweglicher Sachen besteht darin, dass die Ausschreibung der Leistungen für die LH Magdeburg durch die KID europaweit erfolgte. Die Zuschlagserteilung für diesen Auftrag erfolgte erst am 10. Oktober 2007, so dass die Rechnungslegung und Zahlbarmachung im Haushaltsjahr 2008 erfolgt.

Für Bauinvestitionen wurden insgesamt rund 10 Mio. EUR als Haushaltsausgabereiste übertragen. Durch die späte Bewilligung der Städtebaufördermittel konnten beispielsweise die Ausgaben des Stadtumbauprogramms Ost nicht kassenwirksam werden und es mussten 742.200 EUR

Haushaltsausgabereste übertragen werden. Das Gleiche gilt für die Maßnahme – Sanierung historischer Stadtkern -. Aus dieser Maßnahme wurden 628.700 EUR Haushaltsausgabereste übertragen.

Der Bewilligungsstand der Fördermittel ergibt zum 31.12.2007 eine Bewilligungsquote von 114 %, dagegen eine Fließquote von 79,1 % (*Anlage 6*). Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2006 haben sich die Bewilligungsquote um 25,6 % und die Fließquote um 10,7 % erhöht.

Nachstehend die Gegenüberstellung der Ergebnisse zu den insgesamt für das Jahr 2007 zur Verfügung gestellten Mitteln:

- in EUR -

Plan 2007	AOS 31.12.2007	Erfüllung in %	Mehr- bzw. Mindereinnahmen	Übertrag 2008
Einnahmen				
70.653.900	82.862.758	117,27	+12.208.858	0
HER 2006				
2.697.800	0	0	0	0
73.351.700	82.862.758	117,27	+12.208.858	0
Ausgaben				
70.653.900	71.725.286	101,51	+1.071.386	10.498.600
HAR 2006				
17.689.500	8.946.005	50,57	-8.743.495	6.521.500
88.343.400	80.671.291	156,78	-7.672.109	17.020.100

Die Budgets für den Erwerb beweglicher Sachen in Höhe von 630.900 EUR wurden zum 31.12.2007 mit insgesamt 785.200 EUR verausgabt (*Anlage 7*). In Betrachtung des fortgeschriebenen Gesamtbudgets von 1.015.500 EUR ergibt sich eine Erfüllung von 77,3 %.

In der nachfolgenden Übersicht werden die zur Übertragung gekommenen Haushaltseinnahmereste und Haushaltsausgabereste von 2003 bis 2007 gegenübergestellt:

- in Tsd. EUR -

	2003	2004	2005	2006	2007
Haushaltseinnahmereste	36.043	35.733	15.433	2.697	0
Haushaltsausgabereste	28.103	27.885	21.223	17.689	17.020

Nachfolgende Vergleichsübersicht (ohne HAR 2007) zeigt grob, wo erhebliche Abweichungen zu verzeichnen sind:

- in EUR -

	Soll-Einnahmen	Haushaltsplan 2007	Haushaltsvergleich	
Gesamthaushalt	82.862.758,43	70.653.900,00	12.208.858,43	Mehreinnahmen
EPL 0-8	33.209.214,30	32.961.500,00	247.714,30	Mehreinnahmen
EPL 9	49.653.544,13	37.692.400,00	11.961.144,13	Mehreinnahmen
darunter:				
EPL 9 *	29.384.006,13*	19.167.400,00*	10.216.606,13*	Mehreinnahmen

* ohne UA 90100 – Investitionshilfe (20.269.538,00 EUR Soll und 18.525.000,00 EUR Plan)

Mehreinnahmen entstanden 2007 im **Einzelplan 9** in Höhe von 10.216.606 EUR, davon: zweckgebundene Zuführung vom VwH für PPP in Einnahmen und Ausgaben (2.877 Tsd. EUR), für die Sondertilgung von Krediten (3.925 Tsd. EUR), zum Jahresausgleich im VmH (1.491 Tsd. EUR) und für die Umschuldung (KommInvest 2.021 Tsd. EUR).

Am 06.12.2007 beschloss der Stadtrat, dass die Eigenkapitalverzinsung des Eigenbetriebes SAB aus dem Jahr 2006 an den Vermögenshaushalt der LH MD abgeführt werden soll. Die Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 1,35 Mio. EUR wurde der Rücklage zugeführt. Weiterhin wurde mit der DS 0516/07 am 06.12.2007 im Stadtrat beschlossen, dass die Wobau die Kapitalrücklage in Höhe von 2.067 Mio. EUR auflösen soll und diese als Vorabausschüttung auf den zu erwartenden Bilanzgewinn 2007 an die LH MD als alleinige Gesellschafterin der Wobau zu zahlen ist. Diese Einnahmen wurden der allgemeinen Rücklage zugeführt.

Eine weitere zusätzliche Einnahme erhielt die LH MD vom Bund. Zur Herstellung des Rechtsfriedens und eines Interessenausgleichs haben der Bund und die kommunalen Spitzenverbände eine für sämtliche mitprivatisierte Kommunalobjekte abschließende außergesetzliche Regelung vereinbart, dass die BVS für Ausgleichsleistungen in den neuen Ländern einmalig einen Betrag zur Verfügung stellt. Per 03.09.2007 hat die LH MD für 94 positiv entschiedene Fälle das Angebot von Abschlagszahlungen in Höhe von 1.118.163 EUR erhalten. Davon hat die LH MD bei 93 Fällen das Angebot von Abschlagszahlungen in Höhe von insgesamt 1.115.700 EUR angenommen.

Diese oben aufgeführten Mehreinnahmen wurden der Allgemeinen Rücklage im Haushaltsjahr 2007 zugeführt (Bestand per 31.12.2007: 4.532.291 EUR).

Die Investitionshilfe 2007 (Festsetzung der Leistungen nach dem Finanzausgleichsgesetz für das Haushaltsjahr 2007) ist für das Haushaltsjahr 2007 in Höhe von 1.111.481 EUR gestiegen:

- in EUR -

	Soll-Ausgaben Gesamthaushalt	Haushaltsplan 2007	Haushaltsvergleich	
	71.725.286,62	70.653.900,00	1.071.386,62	Mehrausgaben
EPL 9	27.500.102,34	17.096.600,00	10.403.502,34	Mehrausgaben
EPL 0-8	44.225.184,28	53.557.300,00	-9.332.115,72	Minderausgaben

Aus dieser Vergleichsübersicht wird deutlich, dass Minderausgaben in den Fachbereichen/Ämtern zu verzeichnen sind, die unter anderem zur Bildung von neuen Haushaltsausgabenresten 2007 in Höhe von 10.498.600 EUR führten.

Mehrausgaben entstanden im **Einzelplan 9** in Höhe von 10.403.502 EUR z. B. durch Sondertilgung von Krediten von insgesamt 7.595.159 EUR. Weiterhin wurden außerplanmäßig Mittel in Höhe von 8.450.933 EUR bereitgestellt und es entstanden Mehrausgaben in Höhe von 2.877.000 EUR durch Zuführung an die Rücklage PPP.

Die **Verpflichtungsermächtigungen 2007 in Höhe von 24.734.800 EUR** (genehmigungspflichtige VE durch das LVwA betragen 20.469.300 EUR) wurden in Höhe von 10.046.000 EUR realisiert (*Anlage 8*). Die Abrechnung zeigt eine Erfüllung von 49,1 % auf. Diese niedrige Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen ergibt sich z. B. aus der späten Bewilligung von Maßnahmen (dadurch verspäteter Baubeginn) bzw. bei den Städtebaufördermitteln im Un-

terschied zwischen Antrags- und Bewilligungssummen. Im Rechenschaftsbericht 2007 wird ein Überblick über die Ausschöpfung der Verpflichtungsermächtigungen nach Investitionsvorhaben dargestellt.

Detaillierte Begründungen der Abweichungen der Einnahme- und Ausgabeergebnisse zu den Planansätzen einzelner Vorhaben ab 250.000 EUR werden mit dem Rechenschaftsbericht 2007 vorgelegt.

Zimmermann

- Anlagen:**
- 1 – Inanspruchnahme der Budgets 0-6 VwH,
 - 2 – Inanspruchnahme Deckungskreise außerhalb der Budgetierung VwH,
 - 3 – Entwicklung wesentlicher Einnahmen VwH,
 - 4 – Entwicklung wesentlicher Ausgaben VwH,
 - 5 – Entwicklung Personalkosten,
 - 6 – Übersicht über Fördermittel VmH,
 - 7 – Abrechnung der Budgets im VmH zum Erwerb beweglicher Sachen,
 - 8 – Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2009 VmH.